Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3118
(zu Drucksache 11/2701)

14. 10. 88

Sachgebiet 63

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 1988 bis 1992
hier: Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates vom 23. September 1988

Stellungnahme des Bundesrates

1. Der Bundesrat stellt fest, daß trotz der steigenden Anforderungen das Ausgabenwachstum des Bundes insgesamt maßvoll bleibt. Die Bundesregierung trägt damit dem Erfordernis Rechnung, die wegen der Steuerentlastung vorübergehend ansteigende Neuverschuldung zu begrenzen und ab 1991 zurückzuführen.

2. Nur durch zurückhaltende Ausgabenplanung können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß nach der Steuersenkung 1990 neue politische Vorhaben angegangen werden können.

3. Der Bundesrat erwartet, daß die Bundesregierung auch im Rahmen knapp bemessener Zuwachsraten gemeinsam finanzierte Aufgaben und Einrichtungen angemessen ausstattet.

4. Die ausgabenbegleitende Mitfinanzierung des Bundes bei der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau erfordert nach Auffassung des Bundesrates eine Bereitstellung ausreichender Bundesmittel. Nur dadurch kann gesichert werden, daß die Gemeinschaftsaufgabe — wie in den letzten Jahren — ein Instrument zur Förderung der notwendigen Zukunftsinvestitionen an den Hochschulen bleibt.

5. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung erneut auf, den Verpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau entsprechend dem absehbaren Bedarf zu erhöhen. Die Länder sind nicht in der Lage, Fehlbeträge, die durch Reduzierung von Bundesmitteln entstehen, zu ersetzen. Die ohnehin hohe

Gegenäußerung der Bundesregierung

Zu Nummern 1 und 2

Eines der zentralen finanzpolitischen Ziele der Bundesregierung ist es, die Neuverschuldung auf ein dauerhaft tragbares Niveau zu senken. Dies kann nur erreicht werden, wenn die zurückhaltende Ausgabenpolitik mittelfristig fortgesetzt wird.

Zu Nummern 3 bis 7

Der Bund hat seine Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen" gegenüber dem bisherigen Finanzplan kräftig erhöht und hält die derzeitige Dotierung angesichts vieler konkurierender Ansprüche in anderen Bereichen für angemessen.

Der Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland ist global ausgeglichen; die regional unterschiedlichen Wohnungsbedürfnisse müssen von den für den sozialen Wohnungsbau zuständigen Ländern gedeckt werden. Abgesehen von den besonderen Maßnahmen für Aussiedler ist daher eine Rückführung der Bundesfinanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau gerechtfertigt. Daraus entstehen den Ländern keine Rechtsansprüche auf einen Ausgleich. Die Bundesregierung wird ihre Haltung zur Frage eines Abbaus der Mischfinanzierung im sozialen Woh-

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 121 (431) — 501 00 — Fi 69/88 — vom 14. Oktober 1988.

Stellungnahme des Bundesrates

Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum in Ballungsräumen wird zusätzlich verschärft durch den vermehrten Zuzug von Aussiedlern und Zuwanderern.

6. Der Bundesrat hält es für notwendig, unverzüglich Verhandlungen über den Abbau der Mischfinanzierung im sozialen Wohnungsbau zugunsten der Länder bei angemessenem Ausgleich durch den Bund aufzunehmen.

7. Hinsichtlich der ab 1991 geplanten endgültigen Entflechtung der Städtebaufinanzierung ist der Bundesrat nach wie vor der Auffassung, daß über das Volumen des vom Bund zu leistenden Ausgleichs unter Berücksichtigung des dann gegebenen Bedarfs entschieden werden muß.

   Dabei geht der Bundesrat davon aus, daß eine Anrechnung der im Rahmen des geplanten Strukturhilfegesetzes vorgesehenen Mittel für Maßnahmen der Städtebauförderung nicht erfolgen wird, weil der Verwendungszweck dieser Mittel eine andere Zielrichtung aufweist.

8. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bei den künftigen Haushaltsplanungen alle Umschichtungsmöglichkeiten zu nutzen, die den finanziellen Rahmen für zukunftsträchtige Bereiche erhöhen. Besonders wichtig ist dabei, die Grundlagenforschung als eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland durch verstärkte Förderung zu intensivieren.

Gegenäußerung der Bundesregierung

nungsbau festlegen, sobald die Gespräche über eine Entflechtung der Mischfinanzierung im Städtebau zu einem endgültigen und für beide Seiten fairen Abschluß gekommen sind.

Zu Nummer 8

Die Bundesregierung nutzt Umschichtungsmöglichkeiten zugunsten zukunftsträchtiger Bereiche. So sind z. B. die Ausgaben für die Grundlagenforschung von 26 v. H. des Haushalts des Bundesministers für Forschung und Technologie im Jahr 1982 auf 38 v. H. im Jahr 1989 gestiegen.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333